

Helmut Steiner

Anmerkungen zum 31. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 7. – 11. Oktober 2002 in Leipzig

Die etwa alle zwei Jahre stattfindenden Kongresse der DGS sind zur Routine geworden. Seit 1990 in Frankfurt/M. war es jetzt in Leipzig der siebente (1992 Düsseldorf, 1995 Halle/S., 1996 Dresden, 1998 Freiburg/Br., 2000 Köln). Der 1991 in Leipzig eingeschobene „ostdeutsche“ und vielleicht einzige mit repräsentativer ostdeutscher wie westdeutscher Herkunftsbeteiligung gesamtdeutscher Soziologiekongress ist gesondert erwähnenswert. Mit Dutzenden von Parallelveranstaltungen und Hunderten Referenten wird zu einem jeweils absichtsvollen, in der Regel aber einem alle vereinigenden „Dachthema“ ein „soziologischer Jahrmarkt“ abgehalten. Zu dem diesjährigen in Leipzig waren zu dem Kongressthema „Entstaatlichung und soziale Sicherheit“ ca. 2000 registrierte Teilnehmer in über 100 wissenschaftlichen Veranstaltungen mit ca. 550 Referenten gekommen. Nach den Vorstellungen der Veranstalter sollten unter „Entstaatlichung“ einerseits der Wandel in den gesellschaftlichen Steuerungsmechanismen zwischen Staat, Markt und Haushalten und andererseits die Veränderungen in der Kompetenz von der nationalstaatlichen Ebene „hinauf“ zur supranationalen und internationalen Ebene und „hinunter“ zu den Regionen, Ländern und Gemeinden thematisiert werden. Und auch die „soziale Sicherheit“ sollte sowohl traditionell sozialpolitisch als auch im umfassenden gesellschaftlichen Sinne gegen jede Art von gesellschaftlicher „Unsicherheit“ von beruflicher Planungssicherheit über Sicherheit im gesellschaftspolitischen Institutionsgefüge bis zur militärischen und persönlichen Lebenssicherheit schlechthin behandelt werden. Der so abgesteckte Rahmen bot dann auch ein entsprechend breites Themenspektrum. Da die Themen der Eröffnungs- und Abschlussveranstaltungen sowie der 15 Plenarveranstaltungen (je fünf parallel an den drei vollständigen Kongresstagen), die damit verbundenen Absichten der Veranstalter gewiß am deutlichsten widerspiegeln, seien die Plenarthemen zur eigenen Urteilsbildung vollständig aufgeführt: ‚Konfliktlinien einer sich formierenden gesamteuropäischen Gesellschaft‘, ‚Leben ohne Sicherheit‘, ‚Gesellschaftliche Deutung und Verarbeitung von Terror‘, ‚Globale Sicherheit?‘, ‚Nachhaltiges Erdsys-

tem – Management zwischen Geo- und Mikropolitik’, ‚Aktiver Staat und das Konzept der Employability – ein Beispiel entstaatlicher Beschäftigungspolitik?’, ‚Chancen und Schwierigkeiten einer europäischen Identitätsbildung angesichts von vertiefter Integration und Osterweiterung’, ‚die Institutionalisierung des Lebenslaufs: Von der sozialen Konstruktion von Sicherheit zur Legitimation sozialer Ausgrenzung?’, ‚Sicherheitsrisiko Stadt?’, ‚Entstaatlichung. Neue Unsicherheiten in der Zivilgesellschaft’, ‚Staat als Kulturleistung’, ‚Politik des Erfolgs’, ‚Private Lebensformen zwischen Entstaatlichung und Verrechtlichung’, ‚Wissen, Bildung, Unterhaltung in Entstaatlichungsprozessen’, ‚Bürgergesellschaft und Wohlfahrtsmärkte – Gegenbilder zum Wohlfahrtsstaat?’, sowie ‚Grenzen der Politik’. Der Eröffnungsvortrag von Claus Offe (Berlin) über ‚Freiheit, Sicherheit, Effizienz. Spannungen im Wertedreieck von Arbeitgesellschaft und Wohlfahrtsstaat’ sollte offensichtlich in das Generalthema einführen. Es war ein konzentrierter Spezialvortrag, der sich beim Lesen mehr erschließt als beim bloßen Zuhören. Überhaupt war die Mehrzahl der Veranstaltungen und Vorträge hochdifferenziert und disziplinspezifisch professionell ausgerichtet. Eine Fülle von Fakten, Einsichten, Überlegungen und Anregungen wurden hierzu geboten. Das ist zum einen eine Voraussetzung und zugleich jeweils ein Lob für einen wissenschaftlichen und nicht populärwissenschaftlichen Kongress, das sich jeder Veranstalter nur wünschen kann. Zum anderen kann aber eine derart durchgehende Ausdifferenzierung der Themen notwendig übergreifende Grundsatzdebatten blockieren. So wird z. B. die ‚Entstaatlichung’ dem ‚Zeitgeist’ folgend von vornherein als gegeben bzw. gewollt vorausgesetzt, ohne sie selbst zunächst alternativ bzw. sozialtheoretisch zu problematisieren oder sozialkritisch auch in Frage zu stellen. Welche Anregungspotentiale vermittelt ein solch gesamtstaatlicher Kongress über die Vielzahl von speziellen Themen, interessanten Kontakten und Gesprächen, reichhaltigen Literaturangeboten und vorzüglichen Organisation „vor Ort“ hinaus? Womit wird er als „Leipziger Kongress 2002“ nachhaltig in Erinnerung bleiben? Für die beiden analytischen Einleitungsreferate von Jutta Allmendinger zur aktuellen Disziplin- und berufspolitischen Situation des Fachs Soziologie in Deutschland beim Kölner und jetzigen Leipziger Kongress könnte das zutreffen, für die Beiträge von Hans-Georg Soeffner, Jan Philipp Reemtsma und Herfried Münkler über die höchst aktuelle Problematik „Entstaatlichung der kriegerischen Gewalt und die Ambivalenzen der Moderne“ ebenfalls, und die dem Gedenken Pierre Bourdieus gewidmete Veranstaltung über ‚die Öffentlichkeit der Soziologie’ gehörte sicher zu den Höhepunkten. Aber über die Ablösung des durch Bis-

marck begründeten und im 20. Jahrhundert ausgestalteten und weiterentwickelten Sozialstaat-Modells wurde zwar in vielerlei Zusammenhängen gesprochen, aber eben doch mehr vorausgesetzt als zusammenfassend begründet und gesellschaftstheoretisch diskutiert. Die möglichen Konturen eines neuen aktuellen westeuropäischen Sozialstaat-Modells für das 21. Jahrhundert wurden weder entworfen, noch um sie gerungen und gestritten, so dass eine solche Debatte sich kaum bleibend mit dem Leipziger Kongress in Verbindung bringen ließe.

Vielleicht hat das auch etwas damit zu tun, dass die weitreichenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die Soziologie zu ausschließlich mit den Umbrüchen in Ost- und Ostmitteleuropa in Verbindung gebracht wurden. Mit deren politischen Entscheidungen zugunsten kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung erlahmte auch bald das Interesse, obwohl die eigentlichen gesellschaftlichen, soziologisch bedeutsamen Prozesse andauern und für lange Zeit noch im Gange sind. Auf dem Kongress beschränkten sich diese osteuropäischen Entwicklungen daher nur noch auf die offizielle Sektion „Ost- und Ostmitteleuropa“, zwei Sitzungen einer ad-hoc-Gruppe zu Osteuropa und wenigen, geradezu exotischen Einzelbeiträgen in verschiedenen Themenzusammenhängen (Helena Flam, Anne Gaedicke und Bogdan Mach, Sylke Nissen, Gert und Susanne Pickel, Detlef Pollack, Anna Schwarz, Wolfram Teckenburg, Michael Thomas, Friedericke Welter). Dabei vermittelten die osteuropäischen Originalbeiträge von Frane Adam (Ljubljana), Wladyslaw Adamski (Warschau), Borys Cymbrowski (Katowice), Elena Danilowa (Moskau), Nikolai Genov (Sofia/Berlin), Boris J. Kagarlitzkij (Moskau), Olga D. Kutsenko (Charkow), Marek Szczepanski (Katowice) und Pal Tamas (Budapest) über die konfliktreichen Transformationsprozesse ihrer Länder – schwerpunktmäßig durchaus der Entstaatlichungs-Thematik des Kongresses folgend – lebendige Eindrücke über die Vielgestaltigkeit sozialer Transformationen, wie sie in anderer Weise, aber übergreifend auch in Deutschland und in Westeuropa ablaufen. Die deutsche Transformationsforschung beschränkte sich aber in den 90er Jahren allzu sehr und fast nur auf den institutionellen, Eliten- und Finanz-Transfer von West- nach Ostdeutschland und nicht auf die übergreifenden Fragestellungen gesellschaftlicher Transformationen wie sie beispielsweise Karl Polanyi oder auch Shmuel N. Eisenstadt ihren Untersuchungen zugrunde legten. Dadurch wurde sie in Deutschland auch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wissenschaftspolitisch als abgeschlossen angesehen (- auch wenn an der Universität Jena noch ein neuer

Sonderforschungsbereich dazu installiert wurde -). Die wissenschaftliche Konsequenz verlangt den ostdeutschen als historischen Spezialfall des osteuropäischen und den osteuropäischen als Bestandteil der gesamteuropäischen bzw. globalen Transformationsprozesse zu begreifen und entsprechend wissenschaftlich zu bearbeiten.

Der Kongress markierte mehr als die vorherigen einen Generations-Einschnitt. Lediglich Peter R. Gleichmann, Mario Rainer Lepsius, der für sein Lebenswerk geehrte Thomas Luckmann und Burkart Lutz sah man noch von den stets aktiven pensionierten bundesdeutschen Soziologen. Die noch bei den vorherigen Kongressen in Erscheinung getretenen Ludwig von Friedeburg, Hans-Jürgen Krysmanski, Renate Mayntz, Friedhelm Neidhardt, Erwin K. Scheuch, Wolfgang Zapf u. a. waren nicht anwesend. Jürgen Habermas und Oskar Negt beteiligen sich schon lange nicht mehr und auch von den ansonsten bei den Kongressen aktiv in Erscheinung getretenen und „noch im Berufsleben stehenden“ fehlten manche (z. B. Ulrich Beck, Karl Otto Hondrich, Hans Joas, Rudi Schmidt). Für die aus der DDR stammenden Soziologen trifft dies nach ihrer mehrheitlichen Ausgrenzung schon länger zu. In diesem Zusammenhang ist noch eine Anmerkung hinzuzufügen. Die Organisation des Kongresses wurde schon anerkennend hervorgehoben. Anhand der konkreten Zusammenarbeit mit der Gesamtkoordinatorin Susan Ulbricht bei der Vorbereitung der ad-hoc-Gruppe mit osteuropäischen Teilnehmern konnte ich dies auch persönlich erfahren. Es wirkte jedoch befremdlich, dass der 1991 in Leipzig stattgefundene ostdeutsche Soziologiekongress mit 800 Teilnehmern aus Ost und West in diesen Leipziger Tagen zwar mehrfach offiziell erwähnt wurde, der damals aber – ohne jegliche Institutionen und Infrastruktur – diesen Kongress organisierende Hansgünter Meyer von den jetzigen Veranstaltern weder als Gast eingeladen, noch bei den offiziellen Bezugnahmen auf diesen Kongress einer namentlichen Erwähnung für wert befunden wurde. Überhaupt tat man sich in Leipzig schwer mit dem „eigenen soziologischen Gedächtnis“. Gab es bei früheren Kongressen spezifische Veranstaltungen zur örtlichen Soziologiegeschichte, so können es gewiss nur die Veranstalter beantworten, warum dies im soziologisch traditionsreichen Leipzig nicht der Fall war. In der Kongress-Broschüre zu „Geschichte und Gegenwart der Soziologie an der Universität Leipzig“ werden zwar Karl Bücher, Franz Eulenburg, Hans Freyer u. a. aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und selbst Hans Meyer und Wieland Herzfelde für Literatursoziologie nach 1945 genannt, die jüngste 30-jährige Soziologie-Geschichte der DDR von 1956 bis 1990 blieb jedoch namenlos. Die wissenschaftliche Red-

lichkeit hätte dann Robert Schulz und Herbert F. Wolf, Walter Friedrich und Klaus Ernst, Peter Förster und Kurt Starke aus den drei Jahrzehnten DDR-Soziologie ihren historischen Platz in der Leipziger Soziologie-Entwicklung einräumen müssen. Warum konnte man im Veranstaltungs-programm den international anerkannten ortsansässigen Jugendforscher Walter Friedrich nicht zu einer Mittags-Vorlesung oder Abendveranstaltung über die Langzeitstudien des von ihm 25 Jahre geleiteten Leipziger Jugendforschungsinstituts oder über seine vergleichenden sozialwissenschaftlichen Zwillingsforschungen und Hansgünter Mayer über die Bedingungen, Umstände und Ergebnisse des Leipziger Kongresses 1991 einladen?

Fehlte es hier nur an Sensibilität oder/und an eigener Souveränität?

„Kollektives Gedächtnis“ sollte für Soziologen nicht nur ein Begriff, sondern selbst geübte Praxis in einer deutsch vereinigten Soziologie-community sein.